

Sperrfrist: 19.10.2017, 18:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Kreistag am 19.10.2017

Haushalt 2018

Rede Finanzdezernent Bernhard

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

heute bringen wir den ersten doppischen Haushalt des Landkreises ein. Doppik: mit dem neuen Rechnungswesen ändert sich nichts an der Finanzlage des Landkreises. Wir haben nicht mehr und auch nicht weniger Geld in der Kasse. Also: was erwarte ich von der neuen doppischen Rechnungslegung? Wenn wir nur das Rechnungswesen ändern, hätte der Wechsel von der Kameralistik zu kurz gegriffen. Das neue Rechnungswesen soll mehr Transparenz über den tatsächlichen Verbrauch an Ressourcen liefern. Mit dem neuen Rechnungswesen verbinde ich die Erwartung, dass der Kreistag eine bessere Grundlage und bessere Informationen für seine Aufgabe als Steuerungsgremium erhält. Die Reform des Rechnungswesens hat also auch eine strategische Ausrichtung. Es erfordert, dass sich der Kreistag mit dem neuen Rechnungswesen intensiv auseinandersetzt. Verwaltung und Kreistag werden diesen neuen Weg der Steuerung in den kommenden Monaten gemeinsam beschreiten. Mit dem Haushalt 2018 tun wir einen ersten Schritt. Wer im Haushalt allerdings eine Bilanz vermisst: die Eröffnungsbilanz 2018 kann erst erstellt werden, wenn der Rechnungsabschluss 2017 vorliegt. Das wird im Laufe des Jahres 2018 der Fall sein.

Allgemeine Deckungsmittel

Die Vorzeichen für den Haushalt 2018 stehen gut: wir haben ein schon lange andauerndes konjunkturelles Hoch. Die Konjunkturprognosen strahlen Optimismus pur aus.

Die Steuerkraft unserer Kreisgemeinden ist nochmals gestiegen. Diese Steuerkraft enthält auch die Umsatzsteuer, die die Gemeinden im Zusammenhang mit der Entlastung in der Eingliederungshilfe im Jahr 2016 vom Bund erhalten haben. Mit 9,01 % ist unsere Steuerkraft stärker gestiegen als der Landesdurchschnitt (5,79 %) mit der Folge, dass wir weniger Landeszuweisungen im FAG erhalten. Unter Berücksichtigung aller Wechselwirkungen verbleibt dem Landkreis im Finanzausgleich und aus der Kreisumlage ein Plus von rd. 2,9 Mio. EUR.

Die gute Konjunktur, die gute Beschäftigungslage, sie führt seit geraumer Zeit zu Investitionen in Immobilien, in eine rege Bautätigkeit. Wir haben daher die Planansätze bei den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, den Gebühreneinnahmen im Bereich Bau und Vermessung nochmals deutlich angehoben und rund 500.000 EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr.

Finanzhaushalt

Wir konzentrieren uns mit unseren Investitionen im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ganz auf den Erweiterungsbau des Landratsamtes. Der Erweiterungsbau ist ein Meilenstein, ist ein Großprojekt und eine Herausforderung in einem. Wir errichten nicht nur ein Gebäude, sondern schaffen mit einer Durchgängigen Digitalisierung völlig neue Bürokonzepte und die Grundlagen für eine moderne und für die Zukunft orientierte Verwaltung. Vor allem aber ist seine Finanzierung gesichert. Über dieses Vorhaben hinaus werden wir im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nur das Unumgängliche angehen. Das ist vorausschauend und zeigt eine verantwortungsbewusste Haushaltsführung.

Wir finanzieren im Haushaltsentwurf 2018 insgesamt rd. 6,4 Mio. EUR an neuen investiven Maßnahmen. Zusätzlich schließen wir in 2018 noch verschiedene haushaltsübergreifende Projekte aus dem Vorjahr ab, z.B. den Bau des Kreisverkehrs zwischen Bubsheim und Böttingen, unsere Beteiligung am Innovationszentrum Tuttlingen oder Maßnahmen im Brandschutz.

Mit 1,0 Mio. EUR haben wir eine Rate für das Bauvorhaben Erweiterungsbau Landratsamt eingestellt. Ein weiteres Großprojekt ist die Restfinanzierung der neuen Kreissporthalle mit 2,4 Mio. EUR. Für den Brand- und Katastrophenschutz sind 1,0 Mio. EUR eingeplant.

Wir finanzieren unsere Investitionsausgaben von 6,4 Mio. EUR aus dem Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts in Höhe von 5,7 Mio. EUR und projektbezogenen Einnahmen in Höhe von rd. 700.000 EUR, also ohne Kredite.

Ergebnishaushalt

Wir bewegen im Haushalt 2018 aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Summe rd. 224 Mio. EUR. Der Ergebnishaushalt kommt der Vorgabe nach, den Werteverzehr, die Abschreibungen aus der Abnutzung unseres Vermögens, zu erwirtschaften. Unsere größten Posten im Ergebnishaushalt bleiben der Sozialetat und der Personaletat.

1. Sozialetat

Trotz der ausgezeichneten Konjunkturlage und quasi Vollbeschäftigung steigen unsere Sozialausgaben kontinuierlich an. Sie erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,06 Mio. EUR.

Worin liegt die Ursache für diesen Anstieg unserer Soziallasten? Zum einen ist es die demographische Entwicklung, die zu einer höheren Anzahl pflegebedürftiger Personen vor allem in der Hilfe zur Pflege führt. Unser Aufwand für diese Leistungen steigt in 2018 auf 5,9 Mio. EUR. Der größte Teil unserer Sozialleistungen entfällt auf Eingliederungshilfen für behinderte Menschen. Der Haus-

haltsplan enthält hierfür Ausgaben von 23,8 Mio. EUR. Es handelt sich hierbei zweifellos um eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe. Der Bund beteiligt sich daher seit 2015 anteilig. Ein Teil davon ist z.B. in Höhe von rd. 300.000 EUR aus der Umsatzsteuer gegenfinanziert, die in 2016 den Gemeinden in Höhe von damals rd. 900.000 EUR zugeflossen ist. Über die Kreisumlage fließt jetzt rd. ein Drittel bzw. rd. 300.000 EUR zur anteiligen Deckung dem Kreishaushalt zu.

Zum Sozialetat gehört auch der Jugendhilfehaushalt. Hier steigen die Aufwendungen des Landkreises um 1,1 Mio. EUR auf 17,2 Mio. EUR. Der Anstieg der Kosten beruht zum einen auf höheren Tarifen, die seitens der Träger der Jugendhilfeeinrichtungen abgerechnet werden, zum andern auf Tarifsteigerungen bei den Personalkosten.

Für das Asylbewerberleistungsgesetz sind im Haushalt 2018 1,8 Mio. EUR aufgenommen. Wir rechnen in 2018 mit einem Zuzug von 250 neuen Flüchtlingen, während die Asylanträge von voraussichtlich 350 Flüchtlingen beschieden werden. Der Aufwand entsteht für rd. 400 Duldungsberechtigte im Landkreis und für Asylbewerber, deren Verfahren über die Laufzeit von 24 Monaten hinausgeht. Zu Beginn des Flüchtlingsstroms galt die große Herausforderung der Unterbringung. Inzwischen können wir die ersten Gemeinschaftsunterkünfte wieder zurück geben. Der Schwerpunkt unserer Aufgaben liegt heute in der Integration. Außerdem verlagert sich zunehmend unsere Verwaltungstätigkeit auch zum Ausländeramt und zum Kommunalen JobCenter.

In der Summe wendet der Landkreis für soziale Leistungen rd. 66 Mio. EUR auf. Eine stolze Zahl in einem an seiner Wirtschaftskraft gemessen reichen Landkreis. Allerdings verbergen sich hinter der Zahl auch Leistungen für insgesamt rd. 28 000 Menschen, fast ein Fünftel unserer Einwohner.

2. Personaletat

Neue Aufgaben, die auf die Landkreise zukommen, erledigen sich nicht von selbst, sondern erfordern Personal, das sie bearbeitet. In den letzten beiden Jahren hat sich der Stellenplan des Landkreises deutlich erhöht, überwiegend für die

Abwicklung des Flüchtlingsstroms. Wir haben unseren Fachämtern vorgegeben, sich in 2018 zu beschränken. Der Stellenplan enthält 12,1 neue Stellen bei einem Stellenabgang von 2,5 Stellen, netto also 9,6 Stellen. Von diesen sind 6,4 Stellen mit Kostendeckung vom Kreistag für die sozialen Projekte „AVDual“ und „Bärenstark“ bereits beschlossen. Wir haben berechnete Stellenwünsche der Ämter auf das Unumgängliche zurückgenommen. Wir fahren hier auf Kante und wir werden sehen, ob unsere Rechnung am Schluss aufgeht oder ob wir nachlegen müssen. Die Personalkosten steigen, überwiegend aufgrund tariflicher Veränderungen, um rd. 2 Mio. EUR auf 41,7 Mio. EUR. Von diesen sind rd. 18 Mio. EUR oder 43 % kostenneutral und belasten den Haushalt nicht.

3. Substanzerhalt

Der Substanzerhalt unseres Vermögens ist ein wichtiges Ziel unseres Haushalts. Wir haben im Ergebnishaushalt die aus fachtechnischer Sicht erforderlichen Mittel für Instandhaltungsmaßnahmen aufgenommen. Für die Instandhaltung unserer Gebäude sind 1,93 Mio. EUR aufgenommen. Für den Erhalt unseres Kreisstraßennetzes sind wie im Vorjahr 1,1 Mio. EUR eingestellt. Wir haben die Aufwendungen nochmals vertretbar um 400.000 EUR niedriger angesetzt als Gegenfinanzierung unseres Programms zum Aufbau der Digitalisierung im Landratsamt und den Kreisschulen. Der Zustand unseres Kreisstraßennetzes ist gut. Aus der jüngst vorgestellten Kreisstraßenzustandserfassung wissen wir aber, dass wir in absehbarer Zeit hier wieder mehr aufbringen müssen.

4. Digitalisierung

Digitalisierung ist das Schlagwort der Gegenwart. Kaum eine Ausgabe einer Zeitschrift, in der nicht die Digitalisierung angesprochen wird. Bund und Länder haben gerade erst die Grundlage für einen Portalverbund gelegt. Das Land investiert Milliarden in neue Technik und will Baden-Württemberg zur digitalen Leitregion machen. Mit der BIT und dem Ausbau der Breitbandverkabelung hat der Kreistag wichtige Voraussetzungen für den Ausbau der Digitalisierung im Landkreis geschaffen. Digitalisierung: sie betrifft nahezu alle Lebensbereiche und

schließt die Verwaltungsleistungen, die Kommunikation über neue Techniken mit dem Bürger, dem Kunden, mit ein. Der Behördenbesuch per Mausclick soll einfacher werden. Der Kreistag hat die Verwaltung auf diese Kommunikationswege der Zukunft vorbereitet und Beschlüsse zum Ausbau der Digitalisierung gefasst. Im Erweiterungsbau konnten wir dadurch Flächen optimieren und Baukosten in Millionenhöhe einsparen. Konkret befassen wir uns derzeit mit eGovernment, der elektronischen Schriftgutverwaltung, mit WLAN im Landratsamt und in den Schulen des Landkreises sowie mit der Einführung von Software, die in der Lage ist, die Kommunikation mit dem Bürger in die Verwaltungsabläufe digital zu integrieren. Das Projekt ist in vollem Gange. Unsere Mitarbeiter sind im Umstellungsprozess gefordert, es kommen viele Neuerungen und Änderungen in der täglichen Verwaltungsarbeit auf sie zu. Im Etat 2017 haben wir den Ausbau der Digitalisierung über Umschichtungen, überwiegend aus den Budgets der Ämter und aus dem Kreisstraßenhaushalt, finanziert. An dieser Umschichtung halten wir im Haushalt 2018 nochmals fest. Der Haushalt 2018 enthält einen Ansatz von rd. 550.000 EUR für die Einführung digitaler Technik.

5. Abfallhaushalt

Wir stehen vor einer grundlegenden Neuordnung unserer Deponien. Die langfristige Entsorgungssicherheit erfordert, dass sich der Kreistag im Jahr 2018 mit verschiedenen Grundsatzbeschlüssen befassen wird. Zunächst werden wir ein Konzept für die anstehende Erweiterung der Deponie Talheim erstellen, für die wir Mittel im mittelfristigen Investitionsprogramm aufgenommen haben. Konkret stehen dazu Gespräche mit den Nachbarlandkreisen über eine faire Kosten- und Lastenverteilung an. Zeitlich vorgelagert ist die Verlegung des Umschlagplatzes. In der Finanzplanung sind dafür 2,5 Mio. EUR eingestellt. Zu deren Finanzierung, zum Aufbau der notwendigen Liquidität und zur Deckung der jährlich steigenden Betriebskosten ist eine moderate Anhebung der Haus- und Gewerbemüllgebühren um durchschnittlich 3 % vorgesehen.

Schlussbemerkung

Wir legen Ihnen heute einen ausgewogenen Haushalt vor, der mehrere Akzente setzt. Er erfüllt unsere Ansprüche an den Substanzerhalt unseres Vermögens. Die Aufgabenerfüllung in den verschiedenen Fachbereichen unserer Ämter ist gesichert. Wir bringen im Sozialbereich neue Projekte für Schwächere auf die Bahn, z.B. das Projekt „AVDual“ und das Projekt „Bärenstark“, und versuchen, damit Antworten auf neue gesellschaftliche Problemstellungen zu geben. Die langfristig wirtschaftlichste Lösung für die Unterbringung der Landkreisverwaltung wird mit dem Erweiterungsbau beim Landratsamt angegangen.

Trotz all dieser Akzente und Herausforderungen, die wir vor uns haben, können wir Ihnen vorschlagen, den Kreisumlagehebesatz um 0,7 %-Punkte auf 33,7 % zu senken. Unsere Gemeinden haben durch den Aufbau von Eigenkapital zur Finanzierung des Erweiterungsbaus beigetragen. Nachdem die Finanzierung gesichert ist, halten wir es trotz der vorliegenden Kosten für vertretbar und geboten, die Gemeinden wieder zu entlasten. Die vorgeschlagene Senkung bedeutet eine Entlastung von rd. 1,4 Mio. EUR.

Nicht zuletzt können wir unseren Schuldenstand von 36,7 Mio. EUR um 2,5 Mio. EUR auf 34,2 Mio. EUR senken. Wir finanzieren unseren Haushalt ohne Kreditaufnahme. Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung halten wir an unserem Ziel fest, den Schuldenstand des Landkreises trotz der umfangreichen Investition in unser Großprojekt „Erweiterungsbau Landratsamt“ nicht über 35 Mio. EUR ansteigen zu lassen. Allerdings sind die Tilgungsleistungen des Haushalts 2018 nicht erwirtschaftet, sondern stammen aus einer Entnahme aus unserem Eigenkapital. Kameral betrachtet würden wir im Haushalt 2018 trotzdem von einer Nettonullverschuldung sprechen.

Also: ein Haushalt, der in der Tradition der vergangenen Jahre mehrere Ziele erfüllt, damit der Landkreis auch in der Zukunft gut aufgestellt bleibt. Mit unserem Vorschlag zur Senkung der Kreisumlage befinden wir uns im Einklang mit der

Einschätzung des Gemeindetags zur Finanzlage der Landkreise. Der Gemeindegtag sieht auf der einen Seite die höhere Steuerkraft, aber auch die weiter wachsenden Belastungen, insbesondere der Sozialausgaben. Er sieht trotz der Stärkung der Finanzkraft nur einen begrenzten Spielraum für die Hebesatzgestaltung. Unsere im Haushalt 2018 vorgeschlagene Senkung des Kreisumlagehebepesatzes um 0,7 % - Punkte steht im Einklang mit dieser Einschätzung des Gemeindetages.

Herr Landrat Bär hat es bereits erwähnt. Erst nach Druck des Haushaltsentwurfs hat das Land den Landkreisen die Höhe des Soziallastenausgleichs mitgeteilt. Auf die neue Situation nach der überraschenden nachträglichen Verbesserung von rd. 1,4 Mio. EUR ist Herr Bär eingegangen. Offen und nur grob geschätzt ist noch die endgültige Höhe des Status-Quo-Ausgleichs, die wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mitteilen werden.

Abschließend bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Landrat Bär, für Ihr Vertrauen bei der Aufstellung dieses Haushalts. Ein großes Dankeschön gilt dem Leiter der Kämmererei, Herrn Kielack, und seinen Mitarbeitern, Herrn Zuhl und Frau Heine. Die Umstellung des Rechnungswesens war – parallel zum Tagesgeschäft und den Arbeiten für den Erweiterungsbau des Landratsamtes und die neue Kreis-sporthalle – eine große Herausforderung. Der neue Haushalt enthält völlig neue Zuordnungen und Bezüge, die neuen Produktbereiche haben keinerlei Bezug mehr zu den Haushaltsstellen der Kameralistik. Daher hätte der Kreistag in den Haushaltsberatungen so keinerlei Vergleichsmöglichkeiten zu den Ansätzen der Vorjahre, die Aussagekraft im neuen Haushalt wäre sehr gering. Um Ihnen diese Vergleichbarkeit zu ermöglichen, haben die drei in vielen Überstunden und Samstagarbeit parallel die kameralen Werte in den Haushaltsentwurf eingearbeitet. Davon werden wir in den anstehenden Haushaltsplanberatungen profitieren. Darum ein besonderes Dankeschön an meine Mitarbeiter für ihr Engagement.